

PRESSEINFORMATION

8. September 2021

Gisela Noske | Pressestelle

Telefon 0531 24262-52

gisela.noske@regionalverband-braunschweig.de

Verkehrsausschuss bringt in seiner letzten Sitzung der Legislaturperiode wichtige Beschlüsse auf den Weg

Mehr als 14 Millionen Euro sollen in Planungen und Bau von ÖPNV-Projekten investiert werden

Viel vorgenommen haben sich die Mitglieder des Verkehrsausschusses des Regionalverbandes Großraum Braunschweig in ihrer letzten Sitzung dieser Wahlperiode. Mit einem umfangreichen Investitionspaket verabschieden sich die Politikerinnen und Politiker; dazu haben sie wichtige Beschlüsse auf den Weg gebracht und nochmal eindrucksvoll bewiesen, wie wichtig ihnen der ÖPNV in der Region ist.

Wolfgang Schneider, Vorsitzender des Ausschusses, bedankte sich bei Politik und Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit der vergangenen fünf Jahre. „Wir haben gemeinsam viele zukunftsweisende Projekte rund um den ÖPNV auf den Weg gebracht. Auch heute schieben wir mit unseren Beschlüssen weitere wichtige Projekte an.“

Fast 14 Millionen Euro stecken allein in vier Beschlussvorlagen, die einstimmig am heutigen Mittwoch empfohlen wurden.

Mit jährlich einer Million Euro sollen bis 2026 Maßnahmen gefördert werden, die die Qualität der Ausstattung an Bahnhöfen und Verkehrsstationen erhöhen. Die technische Ausstattung und die Gestaltung der Bahn-Stationen orientiert sich an den Richtlinien der DB AG und den damit einhergehenden Mindeststandards. Auf diesen Standard beziehen sich infolgedessen auch die Förderungen Bund und Land.

Für den Regionalverband sind die Mindeststandards im Hinblick auf die Bedeutung einiger Stationen und vor allem auf die Bedürfnisse der Reisenden an einigen Stellen ausbaufähig. Besonders vor dem Hintergrund, höhere Ansprüche an die Gestaltung von Verkehrsstationen umzusetzen, nachhaltige Infrastrukturen zu schaffen und so mehr Menschen für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen.

Der Regionalverband Großraum Braunschweig kümmert sich um einen ausgewogenen ÖPNV und eine dynamische Regionalentwicklung. Der Verband mit politischem Auftrag verfolgt die gemeinsamen Interessen der Städte Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg und der Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel.

Deshalb will der Verband künftig beispielsweise zusätzliche Überdachungen an Bahnstationen unterstützen, für mehr zeitgemäße Fahrgastinformationsanzeigen sorgen oder auch Maßnahmen fördern, die die Aufenthaltsqualität erhöhen.

Auch im nächsten Jahr wird der Verband in 31 Kommunen zwischen Wittingen und Braunlage zahlreiche Infrastrukturprojekte kofinanzieren. Hierbei geht es in erster Linie um den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen im Verbandsgebiet, aber auch um Radabstellanlagen oder P&R-Plätze. (s. Anlage: Liste der Maßnahmen)

Dafür sollen 1,3 Millionen Euro bereitgestellt werden. Der Regionalverband fördert die Vorhaben der Kommunen mit 12,5 Prozent. Das heißt, es werden insgesamt Investitionen von über 10 Millionen Euro ausgelöst. Vielen Kommunen bereitet es Schwierigkeiten, ohne die Förderungen vom Land (75% der Fördersumme) und vom Regionalverband ihre Bushaltestellen barrierefrei auszubauen.

„Wir wollen den ÖPNV in der Region deutlich stärken und qualitativ immer weiter verbessern, so dass er eine echte Alternative zum eigenen Auto wird“, betont Fritz Rössig, Abteilungsleiter Verkehr beim Regionalverband. Das werde nur gelingen, wenn die Infrastruktur, das Angebot und die Tarife stimmten. Der Regionalverband wird seit 2017 vom Land Niedersachsen mit deutlich mehr Regionalisierungsmitteln ausgestattet, sodass der Verband seinerseits die Kommunen im Verbandsgebiet finanziell unterstützen kann.

Die Fahrzeit zwischen Braunschweig und Goslar soll in den nächsten Jahren verkürzt werden. (zurzeit 47 min.) Im Rahmen des „Nordharzkonzeptes“ hat der Regionalverband untersucht, welche Möglichkeiten zur Beschleunigung bestehen. Die beste Lösung ist der Bau der sogenannten „Ringelheimer Kurve“, die eine direkte Fahrt von Braunschweig über Salzgitter-Bad in Richtung Goslar ermöglicht.

Damit soll eine neue, durchgehende Strecke RB48 Braunschweig – Salzgitter-Bad – Goslar entstehen. „Mit der „Ringelheimer Kurve“ verkürzt sich die Fahrzeit zwischen dem Oberzentrum und der Stadt Goslar um rund 15 Minuten. Mit der bereits bestehenden Linie RB46 von Braunschweig über Salzgitter-Bad nach Herzberg wird zudem ein Halbstundentakt zwischen Braunschweig und Salzgitter-Bad entstehen.

Die Verwaltung schätzt die Planungskosten zunächst bis zur Entwurfs- bzw. Planfeststellung auf rund 2,5 Millionen Euro, die zwischen 2022 und 2025 anfallen werden.

In dem Zusammenhang soll geprüft werden, ob die Reihenfolge beim Flügeln und Kuppeln der Züge im Bahnhof Vienenburg umgekehrt werden kann, damit sich auch die Fahrzeit von Bad Harzburg nach Braunschweig um ca. 10 Minuten verkürzt auf künftig 40 Minuten.

„Wir wollen eine Verkehrswende, hin zu mehr klimaschonendem Verkehr“, betont Verbandsdirektor Ralf Sygusch. „Das schaffen wir nur, wenn wir jetzt Geld in die Hand nehmen, um die Planungen zu finanzieren und Projekte auf den Weg zu bringen.“ Gerade durch lange Planungszeiten bei Projekten auf der Schiene spürten die Fahrgäste das erst in einigen Jahren. Aber man müsse anfangen.

Das gelte auch für das Thema Halbstundentakt auf der RB47 zwischen Braunschweig und Gifhorn-Stadt. Die Strecke sei zwar gerade das Sorgenkind in der Region, dennoch sind Politik und Verwaltung fest davon überzeugt, dass die Planungen für weitere Angebotsverbesserungen heute auf den Weg gebracht werden müssen. Dies beinhalte auch Maßnahmen zur Stabilisierung der

aktuellen nicht befriedigenden Betriebsqualität auf der gesamten Strecke zwischen Braunschweig und Uelzen, die es mittel- bis langfristig umzusetzen gelte.

Als eine wichtige Maßnahme für den Halbstundentakt zwischen Braunschweig und Gifhorn ist u.a. der Bau eines weiteren Kreuzungsbahnhofs in Braunschweig-Kralenriede erforderlich, an der Züge aus beiden Richtungen gleichzeitig ein- und ausfahren können.

Deshalb empfahl der Ausschuss einstimmig, dass die Verwaltung mit den Planungen für einen Halbstundentakt beginnen soll. Hierfür wird im Haushalt des Verbandes bis Mitte der 20er Jahre die Summe von 4,75 Millionen Euro bereitgestellt.

Um Verkehre für die Zukunft bedarfsgerecht planen zu können, ist es notwendig, in regelmäßigen Abständen Daten über das Mobilitätsverhalten der Einwohnerinnen und Einwohner zu erheben. Seit der jüngsten Mobilitätserhebung 2010 habe sich das Verhalten der Menschen verändert, macht der Abteilungsleiter klar. Gründe seien z. B. neue Mobilitätsangebote und -formen, digitale Dienstleistungen, veränderte gesellschaftliche Wertevorstellungen, Lebensstile und Anforderungen der Arbeitswelt.

Der Regionalverband will sich an anerkannten und bundesweit durchgeführten Verkehrserhebungen des BMVI („Mobilität in Deutschland“) und der TU Dresden („System repräsentativer Verkehrsbefragungen“) beteiligen, aus Kosten- und Aufwandsgründen aber keine eigene in Auftrag geben.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten dem zu. Die Daten aus der Erhebung wiederum sollen den Landkreisen, Kommunen, Baulastträgern und Mobilitätsdienstleistern für eigene Planungen sowie für die Forschung zur Verfügung stehen.